Stand: 23.02.2026 03:45:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21647

"Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderung und des Landesbehindertenrates stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21647 vom 09.03.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22948 des SO vom 28.04.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23071 vom 31.05.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 31.05.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.03.2022 **Drucksache** 18/**21647**

Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderung und des Landesbehindertenrates stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Anpassung des Behindertengleichstellungsgesetzes vorzulegen, mit dem folgende Regelungen angepasst werden:

1. Der bzw. die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung
   - Das Amt der oder des Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung wird umbenannt in „Die oder der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung“.
   - Die Auswahl der potenziellen Kandidatinnen oder Kandidaten für die Wahl erfolgt im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung.
   - Das bisherige Berufungsrecht der Staatsregierung für eine Landesbeauftragt oder einen Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung wird in ein Wahlrecht des Landtags umgewandelt.
   - Die auf die Wahl folgende Ernennung der oder des Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung erfolgt durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtags.
   - Das Amt der oder des Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung ist zukünftig nicht mehr dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, sondern der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtags zugeordnet. Ihr oder ihm ist jedoch jederzeit Zutritt zu der Staatskanzlei sowie den einschlägigen Staatsministerien zu gewähren. Im Rahmen vorhandener Mittel ist ihr oder ihm auch ein Büro in der Staatskanzlei einzurichten.
   - Die oder der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung darf weder einer Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch einer kommunalen Vertretungskörperschaft angehören.
   - Der bisherige Aufgabenbereich der oder des Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung wird um die Beratung des Landtags in Grundsatzangelegenheiten von Menschen mit Behinderung ergänzt.
   - Die oder der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung ist im Rahmen von allen einschlägigen Gesetzesvorhaben sowie Änderungen von Verordnungen und Allgemeinverfügungen frühzeitig und umfassend zu beteiligen. Die Beteiligung erfolgt spätestens im Stadium eines Referentenentwurfs.
   - Die oder der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung erhält ein Auskunftsrecht gegenüber den Trägern der öffentlichen Verwaltung

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

zur Situation von Menschen mit Behinderung. Die Träger der öffentlichen Verwaltung werden dazu verpflichtet, die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung bei der Erfüllung ihrer bzw. seiner Aufgaben zu unterstützen.

- Die oder der Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung erhält das Recht, bei Feststellung von Verstößen gegen das Benachteiligungsverbot nach Art. 9 Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz (BayBGG) eine Stellungnahme anzufordern und die festgestellten Verstöße zu beanstanden. Mit der Beanstandung können Vorschläge zur Beseitigung der Mängel und zur Verbesserung der Umsetzung des Benachteiligungsverbots verbunden werden.
- Der Bericht über die Tätigkeit der oder des Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung wird zuerst an den Landtag übermittelt und erst im Nachgang an den Ministerrat.

2. Landesbehindertenrat
   - Der Vorsitz des Landesbehindertenrats wird von der Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales an die oder den Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung übertragen. Die oder der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung soll das Recht erhalten, den Vorsitz des Landesbehindertenrats auch an eine andere Person übertragen.
   - Die Geschäftsführung des Landesbehindertenrats wird der oder dem Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung übertragen.
   - Das Recht zur Berufung der Mitglieder des Landesbehindertenrats wird an die oder den Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung übertragen. Im Landesbehindertenrat sollten neben den bereits vorgesehenen Freien und Öffentlichen Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfeorganisationen und kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung auch weitere Betroffene mit unterschiedlichen Behinderungen oder Sinneseinschränkungen vertreten sein, beispielsweise die Werkstatträte, Bewohnerbeiräte oder Gehörlosen- und Sehbehindertenverbände. Die Berufung der Mitglieder erfolgt auf Vorschlag der oben genannten Organisationen und Verbände.
   - Der Landesbehindertenrat soll die oder den Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung, den Landtag und die Staatsregierung in allen wesentlichen Fragen, die die Belange von Menschen mit Behinderungen berühren, beraten und unterstützen. Der Landesbehindertenrat wird weiterhin von der Staatsregierung in geeigneter Weise zu Fragen der Fortentwicklung und Umsetzung der Behindertenpolitik in Bayern einbezogen.
   - Es wird die Einbeziehung weiterer nicht stimmberechtigter Mitglieder ermöglicht, die im Rahmen des Landesbehindertenrats eine beratende Funktion einnehmen.
3. Schlichtungsstelle bei der oder dem Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung
   - Bei der oder dem Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung wird eine Schlichtungsstelle zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten eingerichtet.
   - Sie ist entsprechend mit Personal auszustatten und soll eine Geschäftsstelle beim Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung haben.
   - Wer der Ansicht ist, in einem Recht nach dem Behindertengleichstellungsgesetz durch einen Träger öffentlicher Gewalt verletzt worden zu sein, soll bei der Schlichtungsstelle einen Antrag auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens stellen können.
   - Ebenso ist die Möglichkeit der Schlichtung für anerkannte Verbände nach dem § 15 Abs. 3 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) zu eröffnen.
   - Die Schlichtungsstelle muss unparteiisch und unabhängig handeln.
   - Die Verfahrensregeln müssen für Interessierte zugänglich sein.

- Die Beteiligten des Schlichtungsverfahrens müssen rechtliches Gehör erhalten, insbesondere müssen sie Tatsachen und Bewertungen vorbringen können.
- Die schlichtenden Personen und die weiteren in der Schlichtungsstelle Beschäftigten müssen die Vertraulichkeit der Informationen gewährleisten, von denen sie im Schlichtungsverfahren Kenntnis erhalten.
- Eine barrierefreie Kommunikation mit der Schlichtungsstelle ist zu ermöglichen.
- Das Schlichtungsverfahren muss für die Beteiligten unentgeltlich sein.

Begründung:

Die oder der Beauftragte der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung übernimmt eine wichtige Aufgabe. Sie oder er setzt sich bei der Staatsregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung ein und weist die Staatsregierung bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben auf etwaige Konflikte mit den Belangen von Menschen mit Behinderung hin. Zudem achtet sie bzw. er darauf, dass sich die gesamte Verwaltung des Freistaates an das Benachteiligungsverbot aus Art. 9 BayBGG hält und schaltet sich bei etwaigen Verstößen ein. Zudem regt er auch Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung an und nimmt somit eine wichtige Aufgabe in der Teilhabepolitik wahr.

Anders als in manchen anderen Bundesländern ist aber der Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung in Bayern bei der Staatsregierung angesiedelt, wird von der Staatsregierung berufen, berichtet zuerst an die Staatsregierung und ist allgemein stark auf die Staatsregierung ausgerichtet. So ist beispielsweise in Art. 18 BayBGG nicht vermerkt, dass der Beauftragte auch den Landtag unterstützen und beraten soll. Folglich richtet sich die Beratungs- und Unterstützungsfunktion des Beauftragten allein auf die Staatsregierung und somit die Exekutive. Auch bei der Benennung eines Beauftragten wird der Landtag nicht konsultiert. Es obliegt alleine der Staatsregierung, einen Beauftragten zu benennen. Ebenso ist das Amt des Beauftragten bei der Staatsregierung angesiedelt – konkret beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Die Arbeit des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung ist lobenswert und leistet einen wichtigen Beitrag zur verbesserten Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Trotz der fehlenden rechtlichen Grundlage informiert der Beauftragte auch die Mitglieder des Landtags und unterstützt sie bei allen Themen, die Menschen mit Behinderung betreffen. Das entsprechende Gesetz sollte daher der gelebten Realität angepasst werden und die Befugnisse des Beauftragten erweitern und seine unabhängige Stellung in der Landespolitik verdeutlichen. Um die Arbeit des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung zu stärken und die Ausrichtung auf die Legislative auch rechtlich zu verankern gilt es, dieses Amt von der Staatsregierung zu entkoppeln. Das Recht der Staatsregierung auf Berufung eines Beauftragten soll dem Landtag übertragen werden, der zukünftig über die Besetzung dieses Postens in einer Wahl entscheiden soll. Die Vorschläge für die Wahl sollen durch die Fraktionen im Landtag bzw. den Landesbehindertenrat unterbreitet werden. Die Staatsregierung sollte dabei zukünftig eine beratende Funktion übernehmen. Ebenfalls ist das komplette Amt von der Staatsregierung räumlich zu lösen und dem Landtag bzw. der Präsidentin des Landtags zuzuordnen. Der Zutritt zu den einschlägigen Ministerien sowie der Staatskanzlei ist jedoch weiterhin zu jeder Zeit zu gewähren und ggf. ist der oder dem Beauftragten ein Büro in der Staatskanzlei einzurichten, um auch weiterhin den unkomplizierten Austausch auf kollegialer Ebene mit der Staatsregierung zu ermöglichen.

Die bisherigen Rechte der oder des Beauftragten sollen beibehalten werden. Weiterhin soll sie oder er rechtzeitig über alle Vorhaben der Staatsregierung informiert werden und eine Stellungnahme einreichen können. Darüber hinaus soll rechtlich verankert werden, dass er auch den Landtag bei seiner Arbeit unterstützt und berät. Wie auch in anderen Bundesländern sollen die Träger der öffentlichen Verwaltung verpflichtet werden, den Beauftragten zu unterstützen und ihm stets Auskunft zu erteilen. Sollte es zu einem Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot durch die Träger der öffentlichen Verwaltung kommen, soll sich der Beauftragte unverzüglich einschalten können und Vorschläge zur Verbesserung der Lage unterbreiten.

Neben dem Amt des Beauftragten gilt es auch den Landesbehindertenrat von der Staatsregierung zu entkoppeln. Auch hier ist die Ausrichtung auf die Staatsregierung bisher zu groß. So beruft zurzeit die Staatsregierung allein alle Mitglieder des Landesbehindertenrats und übernimmt auch den Vorsitz sowie die Geschäftsführung des Rats. Diese Aufgaben sollten zukünftig an die oder den Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung übertragen werden. Zudem sollte auch der Rat zukünftig stärker auf den Landtag ausgerichtet werden, was durch eine Verankerung der Beratung und Unterstützung des Landtags im entsprechenden Gesetz verdeutlicht wird.

Durch eine Entkopplung des Beauftragten und des Landesbehindertenrats von der Staatsregierung wird die Unabhängigkeit und die Arbeit dieser beiden Ämter gestärkt. Die verstärkte Ausrichtung des Landesbehindertenrats auf den Landtag wird zudem bewirken, dass beide Instanzen auch die Mitglieder des Landtags besser beraten und unterstützen können und somit noch größere Chancen bekommen, Anliegen von Menschen mit Behinderung im Rahmen der Gesetzgebung zu platzieren.

Streitigkeiten und gerichtliche Verfahren rund um das Neunte Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) sowie weitere Vorschriften zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung machen einen großen Anteil an Verfahren vor den Sozialgerichten aus. Der rechtliche Weg ist sehr langwierig und für viele Menschen belastend. Die Schaffung einer unabhängigen und unparteiischen Schlichtungsstelle bei der oder dem Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung könnte vielen Menschen dabei helfen, einfacher zu ihrem Recht zu gelangen und würde gleichzeitig die Sozialgerichte in Bayern entlasten. Wie auch der derzeitige Beauftragte der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung klarstellte, haben Bremen, Hamburg, das Saarland, Niedersachsen und der Bund bereits solche Schlichtungsstellen, die vielen Menschen mit Behinderung den Gang zum Gericht ersparen und viel Aufklärungsarbeit in allen möglichen Bereichen leisten.[1] Die Schaffung einer solchen Schlichtungsstelle nach dem Vorbild des Bundes würde für mehr Transparenz und eine bessere Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung sorgen.

[1] Vgl. https://www.eu-schwerbehinderung.eu/index.php/schwerbehinderung/3721-gesetzesnovelle-zum-bayerischen-behindertengleichstellungsgesetz-im-landtag-verabschiedet

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.04.2022 **Drucksache** 18/**22948**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 18/**21647**

Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderung und des Landesbehindertenrates stärken

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Julika Sandt**
Mitberichterstatterin: **Susann Enders**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 28. April 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 31.05.2022 **Drucksache** 18/**23071**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**
Drs. 18/**21647**, 18/**22948**

Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderung und des Landesbehindertenrates stärken

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Markus Rinderspacher
V. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, der Abgeordnete Sauter (fraktionslos), FDP und AfD. Stimmenthaltungen? – Abgeordneter Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Martin Schöffel, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien
COM(2022) 156 final
BR-Drs. 176/22
Drs. 18/22978, 18/23018

   Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haus der Bayerischen Geschichte: Auf Eintritte verzichten – neue Besuchsgruppen erschließen
Drs. 18/5748, 18/22915 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Kein XXL-Landtag in Bayern – Stimmkreisreform initiieren
Drs. 18/18986, 18/22953 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bemessungsgrundlage der Stimmkreisgrößen unverändert lassen
Drs. 18/18987, 18/22954 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	Z

5. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz des ungeborenen Lebens stärken I – Abtreibung kann kein Menschenrecht sein
Drs. 18/20084, 18/22749 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

6. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz des ungeborenen Lebens II – Keine Abschaffung des § 219a StGB
Drs. 18/20085, 18/22750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

7. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz des ungeborenen Lebens III – Streichung aller staatlichen Fördergelder für Organisationen, die Abtreibungen befürworten
Drs. 18/20086, 18/22079 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

8. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Faire Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern – Auf- und Ausbau von speziellen Beratungsstellen für mobile Beschäftigte
Drs. 18/21175, 18/22945 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerisches Wasserrettungszentrum
Drs. 18/21191, 18/22887 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bundes-Sonderförderprogramm Sirenen verlängern!
Drs. 18/21193, 18/22888 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Thomas Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbildungsverhältnisse von jungen Menschen mit Migrationsbiografie
Drs. 18/21373, 18/22707 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Modellprojekt zur Umsetzung eines 365-Euro-Tickets für Alle im Großraum Nürnberg
Drs. 18/21383, 18/22899 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Bericht zum Drogenkonsum in Bayern
Drs. 18/21500, 18/22889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

14. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Was hat die Staatsregierung im „Bayerischen Jahr der Jugend 2022“ alles vor?
Drs. 18/21510, 18/22946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen I: Kein Klimageld!
Drs. 18/21518, 18/22900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Klaus Adelt u.a. SPD
Vorbereitungen für Geflüchtete aus der Ukraine treffen – Schnelles Handeln!
Drs. 18/21520, 18/22751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Überregulierung der Vorschriften für neue Heizungsanlagen durch den Bund
Drs. 18/21554, 18/22901 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch zu Diskriminierungen im Alltag
Drs. 18/21593, 18/22947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

19. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Villa von Hans Albers der Öffentlichkeit zugänglich machen und museales Nutzungskonzept erarbeiten
Drs. 18/21609, 18/22984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen II: Keine Klimaschutzverträge!
Drs. 18/21624, 18/22902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

21. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderung und des Landesbehindertenrates stärken
Drs. 18/21647, 18/22948 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
In der Pandemie und darüber hinaus – Mütter unterstützen und entlasten
Drs. 18/21693, 18/22949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU
Zeitnahe bundesweite Biomassestrategie inklusive Umsetzungskonzept einfordern
Drs. 18/21694, 18/22950 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

24. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Josef Zellmeier, Klaus Stöttner, Alexander König u.a. CSU
Mehrwertsteuer in der Gastronomie dauerhaft senken und auch auf Getränke ausweiten
Drs. 18/21697, 18/22983 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

25. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Krieg und Flucht in Europa – Kapazitäten für ukrainische Flüchtlinge schaffen!
Drs. 18/21746, 18/22958 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz der deutschen Sprache: Verwendung der Gendersprache in Behörden und Einrichtungen des Freistaates untersagen
Drs. 18/21749, 18/22959 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

27. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD
Kommunale Förderprogramme auf den Prüfstand stellen
Drs. 18/21763, 18/22890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landtagsabgeordnete unterstützen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger: Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ auch nach Bayern bringen!
Drs. 18/21799, 18/22960 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und Wolf I – Förderkulisse auf ganz Bayern ausdehnen
Drs. 18/21814, 18/22711 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und Wolf II – Unterhalt von Herdenschutzzäunen und Herdenschutzhunden fördern
Drs. 18/21815, 18/22712 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und Wolf III – Hirtinnen und Hirten schützen die Herden
Drs. 18/21816, 18/22713 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und Wolf IV – Herdenschutzberatung an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bündeln
Drs. 18/21817, 18/22714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten 1933-1989
Drs. 18/21823, 18/22916 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Sofortmaßnahmen zum Umgang mit Wölfen auf Landesebene umsetzen!
Drs. 18/21826, 18/22715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein zweites Aleppo: Kulturgutschutz für die überfallene Ukraine und UNESCO-Aufruf unterstützen
Drs. 18/21827, 18/22917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Akademisches Sozialleben an den Hochschulen wieder neu beleben – Gesprächsrunde mit Studenten und Vertretern des Staatsministeriums ermöglichen!
Drs. 18/21891, 18/22918 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sustainable Finance – Nachhaltigkeit darf den Wohlstand, den sozialen Frieden und die nationale Sicherheit nicht gefährden
Drs. 18/21954, 18/22985 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	ENTH

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Steuern auf Steuern bei Kraftstoffen abschaffen – verminderten Umsatzsteuersatz einführen
Drs. 18/21955, 18/22986 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Ankündigungen für mehr Windkraft unverzüglich umsetzen!
Drs. 18/21956, 18/22903 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Konsequente Umsetzung der Rahmenbedingungen für die Errichtung von Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien durch den Bund einfordern
Drs. 18/21957, 18/22904 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	Z	Z

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Uli Henkel, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Nie wieder Kontrollverlust – lückenlose Identifizierung von Flüchtlingen aus der Ukraine sicherstellen und illegale Trittbrett-Einwanderung sofort konsequent unterbinden
Drs. 18/21958, 18/22961 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verpflegung in Kita, Schule & Co – wie viel davon ist bio, regional, saisonal?
Drs. 18/22046, 18/22939 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Freie und sichere Wege für Fuß- und Radverkehr – kommunale Verkehrsüberwachung stärken
Drs. 18/22047, 18/22891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

44. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Globaler Plastikmüllproblematik begegnen!
Innovative Forschungsansätze bewerten!
Drs. 18/22072, 18/22967 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

45. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. SPD
Umsetzung des EuGH-Urteils zur Abschiebehaft – Bayerisches Landesgesetz zur Regelung der Abschiebehaft auf den Weg bringen!
Drs. 18/22093, 18/22963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Schutz für geflüchtete Frauen und Kinder aus der Ukraine nach der Ankunft in Bayern
Drs. 18/22097, 18/22964 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

47. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Einstufung der Gams in Bayern
Drs. 18/22098, 18/22940 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	Z	Z

48. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verbot der Anwendung von Kaspersky Software für bayerische Behörden
Drs. 18/22099, 18/22892 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

49. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Zukunft gestalten – Der bayerischen Milchproduktion eine Stimme geben
Drs. 18/22103, 18/22941 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

50. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Psychosoziale Betreuung für Geflüchtete deutlich, unmittelbar und flächendeckend ausbauen
Drs. 18/22208, 18/22966 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturstaat Bayern 2030 – Kulturpolitisches Landesentwicklungskonzept für den Freistaat
Drs. 18/22218, 18/22919 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für Umwelt und Klima – auch kommunalen landwirtschaftlichen Betrieben die Teilnahme am Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm ermöglichen
Drs. 18/22219, 18/22942 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

53. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Nutzhanfpotenziale stärker nutzen I: THC-Gehalt bei Nutzhanf anpassen
Drs. 18/22223, 18/22943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

54. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Tiertransporte auf hoher See verbieten
Drs. 18/22227, 18/22970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

55. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Bekanntmachung von Gesetzen künftig digital
Drs. 18/22232, 18/22965 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

56. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Umweltwirkungen von Freiflächenphotovoltaik untersuchen
Drs. 18/22276, 18/22975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

57. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Josef Zellmeier, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung beibehalten
Drs. 18/22374, 18/22944 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	ENTH	A